



Behörden müssen entscheiden, was strafrechtlich relevant ist

Nachricht von Anke Domscheit-Berg, 09. Januar 2018

Ärger mit Ansage: Das NetzDG (Netzwerkdurchsetzungsgesetz), das Hasskommentaren im Internet einen Riegel vorschieben soll, ist seit gut einer Woche in Kraft und sorgt schon für viel Wirbel. Twitter sperrte beispielsweise leichtfertig den Account des Satiremagazins *Titanic*. Anke Domscheit-Berg, Netzexpertin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, sagte im Interview mit *NDR Info*, dass eine "Privatisierung der Rechtsdurchsetzung" nicht hinnehmbar sei und aus dem Gesetz entfernt werden müsse. Behörden müssten entscheiden, was strafrechtlich relevant ist. "Das gehört nicht in die Hände eines amerikanischen Unternehmens. Das hat nicht zu entscheiden, was deutsches Recht ist und was nicht", stellte die Abgeordnete klar.

Zum Nachhören: mein
Interview zum #NetzDG
beim @ndr heute früh:
<https://t.co/AlvF0NXMey>
— anke domscheit-berg
(@anked) January 9,
2018

Bereits im Dezember hatte die Fraktion DIE LINKE deshalb im Bundestag auf die Schwächen des Gesetzes aus dem Hause von Justizminister Heiko Maas (SPD) aufmerksam gemacht und per Antrag (PDF) eine Teilaufhebung gefordert. Diese Position untermauerte Domscheit-Berg gegenüber *NDR Info*. Die Fristen, die die Unternehmen verpflichten binnen einer bestimmten Zeit Beiträge zu löschen, sollten aus dem Gesetz getilgt werden: "Wir möchten drin behalten, dass die sozialen Netzwerke einen zustellfähigen Ansprechpartner in Deutschland benennen, und zwar so, dass man den auch sofort im Netz findet. Dann kann nämlich ein Gericht auch einen Brief zustellen und eine Polizei jemanden

für Ermittlungen erreichen.
Und sie müssen
transparente, effektive und
erreichbare
Beschwerdeprozesse haben
und darüber müssen sie alle
sechs Monate berichten.“

Wenn es um die
Meinungsfreiheit gehe,
müsse der Kontext und die
Situation, in der eine
Aussage gemacht wird,
mitbedacht werden. Das sei
nicht immer so schwarz-weiß
zu entscheiden. Gegenwärtig
entschieden Mitarbeiter und
Mitarbeiterinnen von
Unternehmen wie Facebook
in Call-Centern im Akkord
darüber, welche Beiträge
gelöscht werden. "Es bringt
uns leider nichts, wenn viel
und schnell gelöscht wird,
weil das ein Eingriff in die
Meinungsfreiheit ist", so
Domscheit-Berg.

Netzaktivistin @anked
fordert in der
@bayern2-radioWelt
eine neue Version des
umstrittenen
Netzwerkdurchsetzungs
gesetzes #NetzDG.
→<https://t.co/rQgTvTxxU>
0pic.twitter.com/gUVEC
OY6nZ

— BR24 (@BR24)
January 9, 2018